



Außerbetriebliche
Gewerkschaftsarbeit

Vorstand



Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit

Mittendrin – für gute Arbeit
und soziale Sicherheit

Reformbaustelle Sozialstaat – wir bleiben dran!

Die Lage scheint widersprüchlich: Die Wirtschaft läuft, die Beschäftigtenzahlen sind gut und die Sozialkassen haben Überschüsse. Gleichzeitig machen sich immer mehr Menschen Sorgen, dass das Geld am Ende des Monats nicht reicht, um die Mieten zu bezahlen, dass der befristete Job ausläuft oder die Rente zu niedrig sein wird. Die Erklärung hierfür lautet schlicht: Wirtschaftlicher Aufschwung schlägt sich nicht automatisch in gesellschaftlichem Wohlstand für alle nieder. Die Gerechtigkeitslücke ist bittere Realität. Während manche vom Aufschwung profitieren, wächst zugleich für viele die soziale Unsicherheit. Selbst die, die einen festen Arbeitsvertrag und einen akzeptablen Lohn haben, können nicht sicher sein, dass es morgen auch noch so ist: Umstrukturierungen in den Unternehmen, Ausgliederungen oder Standortschließungen schaffen neue Unsicherheiten.

Einer Politik, die auf Ausgrenzung statt Teilhabe setzt, die Privilegien für Wenige auf dem Rücken Vieler durchsetzen will und die versucht, Menschen gegeneinander auszuspielen, stellen wir uns konsequent entgegen. Die IG Metall dagegen setzt sich für eine Politik der solidarischen Umverteilung ein, die gute und sichere Arbeit, auskömmliche Renten und ausreichende soziale Absicherung sowie eine gute Gesundheitsversorgung für alle sichert.

Mit unserem Rentenkonzept haben wir einen überzeugenden Vorschlag auf den Tisch gelegt, wie der Sinkflug des Rentenniveaus gestoppt werden und die Alterssicherung solidarisch und nachhaltig gestaltet werden kann – für alle Generationen! Bei der Inszenierung eines Generationenkonflikts zwischen Jung und Alt, den die Arbeitgeberseite heraufzubeschwören versucht, machen wir nicht mit.

In der Gesundheitspolitik machen wir uns für die Rückkehr zur Parität stark. Seit über zehn Jahren müssen die Versicherten einen höheren Beitragsanteil zahlen als die Arbeitgeber. Dies ist schlichtweg ungerecht. Wir



Hans-Jürgen Urban

brauchen ein Gesundheitssystem, das gute Leistungen für alle garantiert – gerecht finanziert.

Und auch in der Arbeitsmarktpolitik ist eine Neuausrichtung dringend geboten. Die Ausweitung des Niedriglohnssektors, die Zunahme atypischer und prekärer Beschäftigung und der Abbau von Leistungen und Rechten von Erwerbslosen lassen viele Menschen zunehmend unsicher und schutzlos zurück. Wir fordern eine Arbeitsmarktpolitik, die gute Beschäftigung für alle sichert und sich an Qualität, Prävention und Schutz orientiert.

Die Aktiven aus dem AGA-Bereich haben mit ihren vielfältigen Aktionen maßgeblich dazu beigetragen, unseren Vorschlägen Gehör zu verschaffen. Die Bandbreite ihres Engagements und der Themen, derer sie sich annehmen, war auch im vergangenen Jahr wieder so vielfältig und beeindruckend, dass der AGA-Report sie nur ansatzweise wiedergeben kann.

Für uns steht fest: Reformbaustellen, die wir 2017 benannt haben, bestehen auch 2018 fort. Wir bleiben dran! Daher ermutige ich euch, weiterhin aktiv und streitbar zu sein – wir zählen auf euch!

Herzlichst euer

Hans-Jürgen Urban

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Inhaltsverzeichnis

Reformbaustelle Sozialstaat – wir bleiben dran!	1
Metallerinnen und Metaller gemeinsam für gute Rente Der „Generationenkonflikt“ ist ein Ablenkungsmanöver	3
Auf Tour für einen Kurswechsel in der Rente Vier Monate Öffentlichkeitsarbeit für eine bessere Rente	8
Rentenaktion auf Norddeutschlands größtem Straßenfest Drei Tage – 23 aktive Senioren und Seniorinnen – 841 Unterschriften	9
Arbeitsmarkt – kein Grund zum Jubeln Der Preis für schöne Zahlen sind prekäre Arbeit und soziale Unsicherheit	10
Gestatten, GELA Südbrandenburg Schwerpunkt Aktionen: Erwerbslosenarbeit in einem Landkreis	11
Erwerbslosenarbeit in Wilhelmshaven und Oldenburg Solidarität macht stark: Wenn der Geschäftsführer verschwunden ist, ist die Gewerkschaft noch da	13
Arbeitslosenfrühstück in Eisenach Gelungener Einstieg in die Einbeziehung Erwerbsloser in die AGA-Arbeit	15
Das Erwerbslosenfrühstück des Arbeitskreises ANW Mehr als eine Mahlzeit	16
Pflegereform umgesetzt – alles gut? Es gibt noch große Baustellen in der Pflegeversicherung	17
AGA aktiv vor Ort	19
AGA und Betrieb	23
Gastkommentar: Vieles ist möglich ... von Konrad Hirsch, Seniorenarbeitskreis der IG Metall Mannheim	24
Was AGA noch bewegt	25
Der AGA-Ausschuss beim Vorstand der IG Metall	26
Quo vadis Sozialstaat? Forum Politische Bildung 2017	27
Bildungsangebote für die AGA-Aktiven im Jahr 2018 Seminare für AGA-Multiplikatoren, Sozialberater und Erwerbslose	30

Metallerinnen und Metaller gemeinsam für gute Rente

Der „Generationenkonflikt“ ist ein Ablenkungsmanöver

„Mehr Rente“, schallt es aus den Kehlen von rund 50 jungen Metallerinnen und Metallern – „mehr Zukunft“, rufen etwa ebenso viele ältere Kolleginnen und Kollegen zurück. Rote Westen tragen die Jüngeren, weiße die Älteren. Sie alle sind an diesem trüben Februarmorgen am Bahnhof Friedrichstraße in Berlin zusammengekommen, weil sie nicht weniger wollen als die Rente retten – so steht es auf der Rückseite ihrer Westen und auf den Plakaten, die sie in die Höhe recken.

Doch die Gruppen trennt ein tiefer Spalt im Boden, auf einer Folie in das Verbundpflaster des tristen Platzes geschlagen: ein scheinbar unüberwindbarer Graben zwischen Alt und Jung. Seinen Ursprung hat der Spalt vor einem unscheinbaren Gebäude, in dem die sogenannte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ihre Räume hat.

Hinter dem harmlosen Namen verbirgt sich ein Lobbyverband, der die politischen Akteure im Sinne der Arbeitgeber beeinflussen soll. Dafür überweist der Arbeitgeberverband Gesamtmetall jährlich mehrere Millionen Euro. Damit finanziert die INSM Kampagnen, mit denen sie die Generationen gegeneinander ausspielt und die Gesellschaft spalten will. Das soll davon ablenken, dass nur die Arbeitgeber von möglichst niedrigen Sozialabgaben profitieren. Die Folgen spüren Beschäftigte etwa beim Zusatzbeitrag in der Krankenversicherung oder durch immer düstere Perspektiven bei der späteren Rente.

Die IG Metall hat immer wieder und verstärkt mit ihrer Rentenkampagne ab 2016 auf die negativen Folgen hingewiesen: Niedrige Beiträge bedeuten immer auch, dass im Gegenzug an der Leistungsschraube gedreht werden muss. Seit Jahren sinkt das Rentenniveau, während die Regelaltersgrenze steigt. Das belastet die Versorgung der heutigen Rentnerinnen und Rentner,

besonders aber die Renten der heute noch jüngeren Beschäftigten. Für sie sind sozialer Abstieg oder gar Armut im Alter häufig vorprogrammiert. Gleichzeitig zeigen die Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 sowie die anhaltende Niedrigzinsphase deutlich, dass die Idee der Politik nicht aufgegangen ist, sinkende Leistungen der gesetzlichen Rente durch immer mehr Privatvorsorge auszugleichen. Viele können sich eine Zusatzvorsorge, an deren Finanzierung sich die Arbeitgeber in der Regel nicht beteiligen, nicht leisten oder sind völlig verunsichert, was sie für die Sparbeiträge im Alter an Privatrente noch herausbekommen werden.

Die solidarische gesetzliche Rente ist und bleibt die beste Lösung, um einen Absturz im Alter zu verhindern. Dafür ist es aber notwendig, sich wieder auf die Leistungsseite der Rentenversicherung zu konzentrieren. „Nicht möglichst niedrige Beitragssätze für die Arbeitgeber bei Zusatzbelastungen durch Privatvorsorge für die Beschäftigten, sondern auskömmliche Renten sind Sicherungsaufgabe des Sozialstaats.“ So steht es im Rentenkonzept der IG Metall. Ein Kurswechsel ist mehr denn je erforderlich. Das Rentenniveau wird im Jahr 2045 um mehr als 20 Prozent niedriger liegen als noch zur Jahrtausendwende. Zugleich wurden Möglichkeiten für flexible Übergänge gestrichen, und es wird über eine Regelaltersgrenze schwadroniert, die bei völlig realitätsfremden 70 oder 73 Jahren oder noch höher liegen soll.

Die IG Metall hat dem ein solidarisches Alternativkonzept gegenübergestellt und damit die rentenpolitische Debatte der vergangenen Monate maßgeblich beeinflusst. Dabei steht die Stabilisierung und anschließende Anhebung des Rentenniveaus auf ein neues Sicherheitsziel ebenso im Mittelpunkt wie ein realistisch erreichbares Rentenalter. Flankiert werden die Forderungen von einem soliden Finanzierungsmodell: Perspektivisch sollen alle Erwerbstätigen, also auch Selbstständige, Beamtinnen und Beamte

und Abgeordnete, in den Kreis der Versicherten einbezogen werden. Zudem ist für gesamtgesellschaftliche Leistungen eine vollständige Finanzierung aus Steuermitteln zwingend notwendig. Auch über einen höheren Beitragssatz muss diskutiert werden – dem dann aber eben auch bessere Leistungen im Alter gegenüberstünden. Die übergroße Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wäre damit einverstanden: Fast 85 Prozent der mehr als 680.000 Teilnehmenden an der Beschäftigtenbefragung der IG Metall im Frühjahr 2017 fordern, dass das Rentenniveau stabilisiert und mittelfristig erhöht werden muss, auch wenn dadurch die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung steigen.

Dieses Ergebnis macht Mut! Zumal ein Blick in die Tiefe der Befragungsergebnisse zeigt, dass sich auch die große Mehrheit der Jüngeren für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung ausspricht. Wie diese generationenübergreifende Zustimmung ganz praktisch aussieht, haben die rund 100 Metallerrinnen und Metaller in Berlin eindrucksvoll gezeigt: Sie haben über den Graben, den die INSM zwischen Jung und Alt treiben will, eine stabile Brücke gebaut. Die Generationen kamen zusammen, um gemeinsam als Rentenretter ihre Forderung nach einer solidarischen Rente zum Ausdruck zu bringen.

Und sie waren damit nicht allein. Überall im Land haben sich aktive Metallerrinnen und Metaller in den vergangenen Monaten mit bunten Aktionen in Fußgängerzonen oder Betrieben, mit Diskussionsveranstaltungen oder Demonstrationen für bessere Renten eingesetzt. Häufig standen die Generationen beisammen und haben klar gestellt: „Wir lassen uns nicht spalten.“ Diese Botschaft richteten sie auch an die politischen Parteien, verbunden mit der Erwartung an klare Aussagen zur zukünftigen Rentenpolitik. Doch während es bei SPD, Linken und in Teilen der Grünen den grundsätzlichen Willen zu einem Kurswechsel gab, verweigerte sich die CDU der Debatte, und die FPD wiederholte das altbekannte Lied von der Privatvorsorge.

Mittlerweile kennen wir das Ergebnis der Wahl und damit auch die Mehrheitsverhältnisse im neuen Bundestag. Doch wir werden eine neue Regierung nicht aus der Verantwortung entlassen. Die Angst vor sozialem Abstieg oder gar Armut im Alter ist unverändert groß. Sie wird noch weiter wachsen, wenn das Rentenniveau seinen Sinkflug fortsetzt. „Mehr Rente – Mehr Zukunft“: Diese Losung bleibt bestehen und muss von der Politik endlich umgesetzt werden – für gute Renten heute und in der Zukunft.





Unter dem Motto „Deine Stimme für eine gute Rente!“ rief der DGB am 25. August 2017 auf, in Kassel für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik zu demonstrieren. Rund 2.500 Kolleginnen und Kollegen, darunter viele AGA-Aktive, setzten sich lautstark dafür ein, den Sinkflug der gesetzlichen Rente zu stoppen und diese solidarisch und zukunftssicher zu gestalten.



„Deine Stimme eine gute

Baden-
burg



me für Rente!“



Auf Tour für einen Kurswechsel in der Rente

Vier Monate Öffentlichkeitsarbeit für eine bessere Rente

Von April bis August war die IG Metall in Alfeld mit einer Infokampagne zur Rente unterwegs. Ihren Abschluss fand sie bei einer kontroversen Podiumsdiskussion in Lauenstein mit den Bundestagsabgeordneten von CDU, SPD, FDP, Linken und Grünen. „Dieser Rentenkurs führt in die Altersarmut“, kritisierte der Erste Bevollmächtigte Uwe Mebs auf der rentenpolitischen Tagung in Alfeld: „Das Rentenniveau muss stabilisiert werden und wieder steigen!“.

„Es gibt keinen Krieg zwischen den Generationen“, sagte Seniorensprecher Henry Kirch. „Die Jüngeren würden auch höhere Beiträge zahlen.“ Das habe auch

die Beschäftigtenbefragung ergeben, an der 6.297 Menschen aus dem Bereich der IG Metall Alfeld-Hamel-Hildesheim teilnahmen.

Auch die Rente mit 67 kam bei der Rententour durch die Regionen oft zur Sprache. Nicht ohne Grund: Auch hier ergab die Beschäftigtenbefragung, dass sich mehr als die Hälfte der Befragten nicht vorstellen kann, bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter von 67 Jahren arbeiten zu können. Die Vertrauensleute und Seniorinnen und Senioren der IG Metall Alfeld-Hamel-Hildesheim sind sich daher einig: für einen Kurswechsel in der Rente jetzt!



Infostand in Alfeld am 17. Juni: (v. l.) Hannelore Engel, Klaus Tegtmeyer (Seniorensprecherkreis), Sabine Glawe (IG Metall) und Henry Kirch

Rentenaktion auf Norddeutschlands größtem Straßenfest

Drei Tage – 23 aktive Senioren und Seniorinnen – 841 Unterschriften

Voll sind die Straßen im Hamburger Stadtteil Ottensen, der zum Bezirk Altona gehört. Jeden Sommer findet hier das größte Straßenfest Norddeutschlands, die „Altonale“, statt. In einer der Straßen steht der Kampagnenbus der IG Metall.

Davor haben wir Seniorinnen und Senioren der Hamburger IG Metall Stellwände zu unseren Rentenforderungen aufgebaut und Informationsmaterial ausgelegt. Kolleginnen und Kollegen sprechen Besucherinnen und Besucher an und sammeln Unterschriften für die Initiative „Politiker, die nichts gegen systematische Altersarmut unternehmen, sind für uns nicht wählbar!“. Viele halten inne und lassen sich auf ein Gespräch ein. Immer wieder hören wir: „Ihr habt ja recht, aber das beeindruckt die Politiker nicht.“ Manche haben die Hoffnung auf eine auskömmliche Rente aufgegeben. Für die große Mehrzahl ist das Thema von großer Wichtigkeit. Zwei Eltern mit drei kleinen Kindern unterschreiben den Aufruf sofort. „Mit drei Kindern können wir keine Rücklagen fürs

Alter bilden“, sagt der Vater. Die Mutter ergänzt: „Für unsere Kinder ist eine sichere Perspektive im Alter noch wichtiger.“ Die Kinder freuen sich über gasgefüllte rote IG Metall-Luftballons. Auch unsere Stimmung ist bestens: Wir sammeln an drei Tagen mit 23 Seniorinnen und Senioren 841 Unterschriften und führen noch mehr Gespräche.

Insgesamt sind bei zahlreichen kleinen und größeren Aktionen im Norden mehrere tausend Unterschriften zusammengekommen. In Anschreiben an die Direktkandidatinnen und -kandidaten der demokratischen Parteien zum Bundestag und Ansprachen auf Wahlveranstaltungen haben wir sie mit unseren Forderungen konfrontiert. Vertreterinnen und Vertreter von Union und FDP lehnten unsere Positionen ab, viele reagierten überhaupt nicht. Auch bei SPD und Grünen ist noch Überzeugungsarbeit nötig. Einzig bei der Linken erhielten wir uneingeschränkte Zustimmung. Wir lassen nicht locker, bis die gesetzliche Rente allen ein gesichertes Leben in Würde ermöglicht.



Info-Truck zur Rente auf dem Seniorentag Salzgitter: Wir lassen nicht locker.

Arbeitsmarkt – kein Grund zum Jubeln

Der Preis für schöne Zahlen sind prekäre Arbeit und soziale Unsicherheit

Die Erfolgsmeldungen vom Arbeitsmarkt überschlagen sich. Die Zahl der Beschäftigten bricht alle Rekorde, und die Arbeitslosigkeit ist deutlich gesunken. Doch bei genauerer Betrachtung bröckelt schnell der Lack.

Die quantitative Entwicklung der Erwerbstätigkeit sagt nichts über die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse – also darüber, welche konkrete Art der Erwerbstätigkeit sich dahinter verbirgt und ob diese eine sichere Perspektive bietet. Ein genauer Blick zeigt: Der Beschäftigungsaufbau beruht in weiten Teilen auf einer Ausweitung atypischer Beschäftigung; das sind oft zugleich prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Immer mehr Menschen müssen für wenig Geld arbeiten. Viele können von ihrer Arbeit nicht leben und sind zusätzlich auf Hartz IV angewiesen. Dabei finden sich im Niedriglohnbereich keinesfalls nur Geringqualifizierte: Fast 80 Prozent haben mindestens eine abgeschlossene Berufsausbildung. Atypische Beschäftigung und Niedriglohn bieten im Fall von Arbeitslosigkeit häufig keine ausreichende soziale Absicherung. Altersarmut droht.

Auch der Jubel über sinkende Arbeitslosigkeit wird bei genauem Hinsehen getrübt. Erstens erfasst die Statistik nicht alle Arbeitslosen. Zum Beispiel werden Personen, die an sogenannten arbeitsmarktpolitischen Aktivierungs- oder Eingliederungsmaßnahmen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Nimmt man die Nicht-Erfassten hinzu, liegt die Zahl der Arbeitslosen weit über der offiziellen Zahl. Zweitens sagen die Stichtagszahlen nichts über die Fluktuation aus. Vielen Arbeitslosen, insbesondere im Hartz-IV-Bereich, gelingt der Ausstieg aus Arbeitslosigkeit und Bedürftigkeit nur vorübergehend. Sie leben in einer Dauerschleife zwischen kurzfristiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Und drittens profitieren nicht alle Arbeitslosen gleichermaßen von der günstigen Lage am Arbeitsmarkt. Langzeitarbeitslose, arbeitslose Alleinerziehende, ältere

Arbeitslose oder auch Arbeitslose mit Migrationshintergrund haben deutlich schlechtere Chancen.

Dass der Abbau von Leistungen und (Schutz-)Rechten für Arbeitslose im Zuge der Hartz-Reformen sowie die Zunahme atypischer Beschäftigung und die Ausweitung des Niedriglohnbereichs Auswirkungen auf die soziale Absicherung haben, zeigt sich mehr als deutlich: Mittlerweile erhält nur noch etwa ein Drittel aller Arbeitslosen Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung, zwei Drittel befinden sich im Hartz-IV-System. Jeder vierte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, der seinen Job verliert, landet heute direkt in Hartz IV, weil er oder sie die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld I nicht erfüllt oder der Arbeitslosengeld-Anspruch so gering ist, dass ergänzend Hartz IV bezogen wird.

Hinzu kommen die weiterhin bestehenden Missstände beim Hartz-IV-Regelsatz. Im Jahr 2010 hatte das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber aufgetragen, das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum zu achten und Korrekturen bei der damaligen Berechnung der Regelsätze gefordert. Zwar hat die Bundesregierung in der Folge die Korrekturen vollzogen, zugleich die Berechnungsmethode in anderen Punkten aber so verändert, dass dies den Korrekturen entgegenwirkt und der Regelsatz kleingerechnet wird. Auch darüber hinaus enthält das Hartz-IV-System viele Zumutungen. Das trägt dazu bei, dass Menschen auf ihnen zustehende Leistungen verzichten. Und es entfaltet zudem Druck auf die Beschäftigten.

Durch die Hartz-Gesetze wurde die Rechtsposition der Arbeitslosen verschlechtert und die Arbeitsmarktpolitik auf den Vorrang der Vermittlung ausgerichtet. Zugleich wurden die Zumutbarkeits- und Sanktionsregeln verschärft. Diese vermittlungsorientierte Arbeitsmarktpolitik hat nicht nur maßgeblich zur Ausweitung atypischer und nicht selten prekärer Beschäftigung

beigetragen, sie hat auch dazu geführt, dass viele Arbeitslose unterhalb ihrer eigentlichen Qualifikation vermittelt wurden. Das hat eine erhebliche dequalifizierende Wirkung. Insbesondere das Hartz-IV-System ist nach wie vor ein Kontrollrecht mit einem Übergewicht des „Forderns“ gegenüber dem „Fördern“. Die niedrigen Regelsätze und harten Zumutbarkeits- und Sanktionsregeln werden weiter dazu führen, dass Hartz-IV-Beziehende nahezu jedwede Arbeit aufnehmen müssen. Damit wird der Ausbreitung prekärer Beschäftigung Vorschub geleistet.

Die IG Metall fordert eine solidarische Neuordnung des Arbeitsmarktes, die darauf zielt, unsichere Beschäftigung sowie Armut für Beschäftigte und Arbeitslose zu vermeiden. Gute Arbeit und soziale Sicherheit – das muss die Perspektive sein. Zu den Elementen einer solchen Neuordnung gehören Aspekte der Regulierung des Arbeitsmarktes, wie etwa eine Abschaffung sachgrundloser Befristung und ein Ende der Sackgasse Minijob.

Darüber hinaus braucht es Reformen bei der Absicherung von Arbeitslosigkeit. Der Schutz durch die Arbeitslosenversicherung muss verbessert und ihre Reichweite ausgeweitet werden, um ein Abrutschen in Hartz IV einzudämmen. Die IG Metall fordert eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I auf bis zu 36 Monate und einen erleichterten Zugang zum Arbeitslosengeld, zum Beispiel durch eine Ausweitung der Rahmenfrist auf drei Jahre. Auch die Forderung nach bedarfsgerechten und existenzsichernden Regelsätzen bleibt auf der Tagesordnung. Darüber hinaus sind neue Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose notwendig. Sie müssen vor Lohndumping schützen, anstatt Arbeitslose dazu zu zwingen, eine Arbeit aufzunehmen, die untertariflich oder unterhalb ortsüblicher Entgelte entlohnt wird. Hierfür hat sich die IG Metall im Zuge der Bundestagswahl 2017 starkgemacht und wird dies auch in der neuen Legislaturperiode tun.

Gestatten, GELA Südbrandenburg

Schwerpunkt Aktionen: Erwerbslosenarbeit in einem Landkreis

GELA steht für den Gewerkschaftlichen Erwerbslosenarbeitskreis Südbrandenburg. Wir haben uns vor neun Jahren gegründet, weil wir zum einen den von Hartz IV betroffenen Kolleginnen und Kollegen helfen und zum zweiten die politischen Veränderungen nicht mehr hinnehmen wollten.

Unser Landkreis Elbe-Elster hat eine große Fläche und ist zwischen Pegida und AfD eingeklemmt. Nach dem Rückzug anderer Einzelgewerkschaften ist die IG Metall mit Sitz in Finsterwalde als einzige in Südbrandenburg übrig geblieben. Von dort aus organisieren wir unsere Aktionen.



Gute Idee: Ein Zitat von Berthold Brecht schmückt ein T-Shirt.



GELA Südbrandenburg: eine Plattform für alle Gewerkschaften

Knapp zwei Jahre nach der Gründung ging GELA unter das Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Wir wollten allen Kolleginnen und Kollegen, egal aus welcher Gewerkschaft, eine Plattform geben. Aus der Hilfe für Erwerbslose wurden mehr und mehr Aktionen. Insbesondere die Agenda 2010 und die damit beförderte Ausweitung prekärer Beschäftigung in Form von Minijobs, Teilzeitbeschäftigung, Leiharbeit und Werkverträgen bot jede Menge Stoff für den politischen Widerstand in Form von Aktionen.

Damals wurden unser jährliches Regiocamp und die Nikolaus-Aktion geboren und die Zusammenarbeit mit der Sozialen Bewegung Brandenburg begründet. Gemeinsam mit den Vereinen VSSV Jüterbog und SOFI Finsterwalde kam 2010 die Idee auf, das Thema prekäre Beschäftigung in Form eines „Zuges der Tagelöhner“ – später „Sklavenkarawane“ – durch das Land ziehen zu lassen. Zwei Jahre später nahmen die DGB-Kreisverbände im Land Brandenburg das Thema erneut auf.

Bei unseren jährlichen Nikolaus-Aktionen kurz vor Weihnachten ist von Postkartenaktionen über kleine satirische Darbietungen alles dabei. Ob Mini- oder Teilzeitjobs, Kinderarmut, Mindestlohn, Altersarmut oder ein Nachtrag zur Bundestagswahl: Bisher ist uns immer etwas eingefallen.

Das Regiocamp ist unser Highlight. Einmal im Jahr treffen sich die Kolleginnen und Kollegen der GELA und des DGB-Kreisverbands Elbe-Elster mit ihren Familienmitgliedern zum politischen Smalltalk mit Spaß und Kultur.

Auch erwachsen gewordene Kinder halten den Kontakt zu unserer Gemeinschaft, viele bringen ihre Partnerinnen und Partner mit: eine gewerkschaftliche Zelle, die weiter wächst und sich über drei Bundesländer verteilt.

Die Kolleginnen und Kollegen des DGB-Kreisverbandes unterstützen wir am 8. März und am 1. Mai. Bei der Blumenaktion zum 8. März bedenken wir jedes Jahr die Mitarbeiterinnen in einer anderen Branche und ernten viel Freude. Aus den kleinen Gesprächen am Rande der Aktionen wissen wir, wie froh die Mitarbeiterinnen sind, dass es noch Gewerkschaft gibt.

Gewerkschaftspolitik wird von der Basis her gemacht. Auch wenn sie mit großem Aufwand verbunden ist: Wir wollen im ländlichen Raum weiterhin präsent sein. Für die kommenden Jahre wird unser Themenschwerpunkt auf auskömmlichen Regelsätzen, der Bekämpfung der Altersarmut und der Abschaffung prekärer Beschäftigung liegen – denn soziale Gerechtigkeit sieht anders aus.

Erwerbslosenarbeit in Wilhelmshaven und Oldenburg

Solidarität macht stark: Wenn der Geschäftsführer verschwunden ist, ist die Gewerkschaft noch da

Seit Gründung der Arbeitsloseninitiative (ALI) Wilhelmshaven/Friesland gibt es für alle Mitglieder der IG Metall in der Region ein Angebot in der ganzheitlichen Sozialberatung. Bei Insolvenz und Kündigung, bei Erkrankungen oder anderem Unterstützungsbedarf weiß die ALI Rat.

Die unter Federführung der IG Metall und des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) gegründete ALI WHV/FRI unterstützt und berät in schwierigen Situationen zusammen mit Arbeitsloseninitiativen vor Ort, die Fachwissen und Erfahrung mitbringen. Sieben Beratungsstellen in Wilhelmshaven und den Landkreisen Friesland und Wittmund sorgen für flächendeckende Beratung. Dabei arbeiten die IG Metall Oldenburg-Wilhelmshaven, die ALI und der Förderverein Arbeitslosenzentrum für den Landkreis Wittmund e. V. (AK ELO) eng zusammen.

Das Angebot richtet sich unter anderem an Erwerbslose, von Arbeitslosigkeit Bedrohte, prekär Beschäftigte, Langzeitkranke und Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner. Wir bereiten auf den Umgang mit den Ämtern vor und geben Tipps zu den jeweils notwendigen Antragstellungen. Wir helfen bei Anhörungen, Widersprüchen und Klagen vor den Sozialgerichten.

Wir fangen auch gekündigte Kolleginnen und Kollegen auf: Sie sind bei der IG Metall gut aufgehoben und bekommen von ihrer Geschäftsstelle Hilfe in der besonderen Lebenslage. Auch wenn der Geschäftsführer verschwunden und der Insolvenzverwalter nicht erreichbar ist: Die IG Metall ist noch da, auf sie ist Verlass. Das gilt bei jedem Verlust des Arbeitsplatzes oder anderen Fragen wie Langzeiterkrankungen, allen Arten von Renten, aufstockenden Leistungen bei geringen Einkommen oder ganz anderen Themen.

Zu den Themen der Beratung gehören unter anderem ergänzende Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes bei einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz, insbesondere bei Alleinerziehenden, Langzeiterkrankungen durch Stress im Job, Erwerbsminderungsrenten insbesondere durch psychische Erkrankungen, Zuschussmöglichkeiten für Rentnerinnen und Rentner wie Wohngeld oder Grundsicherung, Regelungen zum Arbeitslosengeld und zu Hartz IV.

Oft sind Betriebsräte die ersten Ansprechpartner für Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben. Die ALI bietet in Zusammenarbeit mit der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben mehrtägige Seminare an, um sie fit für eine Erstbe-



Tolles Angebot: Mehrtägige Seminare machen fit für eine Erstberatung.





Erwerbslosenarbeit vor Ort: auf gutes Recht bestehen

ratung zu machen. Dabei geht es um Arbeitslosenversicherung und Grundsicherung, Regelungen bei Mini- und Midijobs, Krankengeld, Langzeiterkrankte, Erwerbsminderungs- und Altersrente.

IG Metall und ALI agieren auch politisch. Unter anderem laden sie, seit Gründung der ALI 1994, an jedem zweiten

Dienstag im Monat zu einer sozialpolitischen Diskussion in das Gewerkschaftshaus ein.

Wir hoffen, dass die enge Kooperation zwischen der IG Metall und der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland noch sehr lange Bestand haben wird, damit wir gemeinsam unseren Kolleginnen und Kollegen helfen können.

Arbeitslosenfrühstück in Eisenach

Gelungener Einstieg in die Einbeziehung Erwerbsloser in die AGA-Arbeit

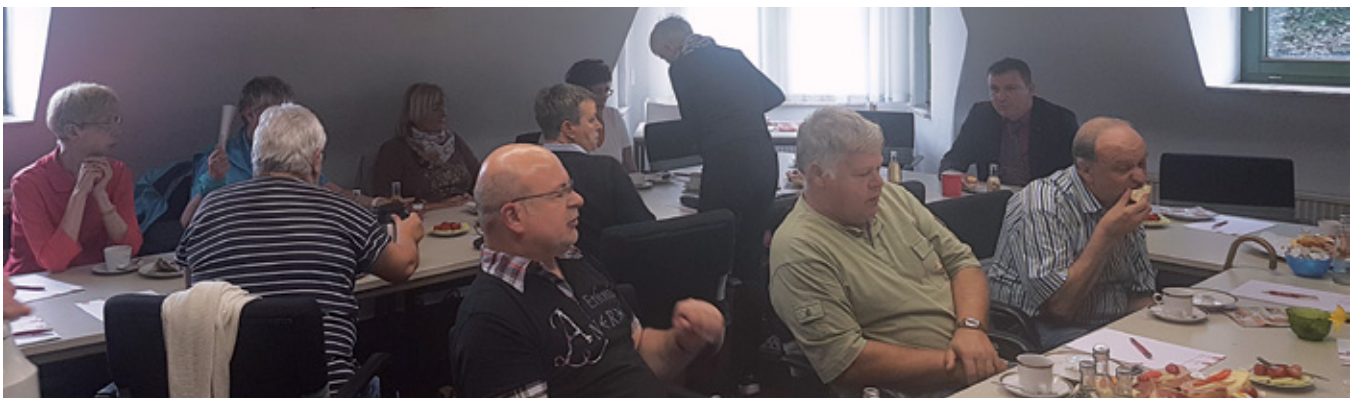
Die Idee zu unserem ersten Arbeitslosenfrühstück haben wir von der IG Metall Eisenach von einem Erfahrungsaustausch bei der AGA in Wolfsburg mit nach Hause genommen. Mehr als 300 Einladungen hatten wir an arbeitslose IG Metall-Mitglieder verschickt; 18 meldeten sich an und schlugen Diskussionsthemen vor.

Thomas Steinhäuser, Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Eisenach, stellte dar, wie die großen Parteien zu Arbeitsmarkt-, Sozial- und Rentenpolitik stehen. Wir

waren uns alle einig darüber, dass die AfD unsere Interessen nicht vertritt. Henry Herold, AGA-Aktiver und ehrenamtlicher Referent unserer Gewerkschaft, sprach über die erschwerte Zwangsverrentung. Die spannende Diskussion konnte nicht auf alle Belange detailliert eingehen. Diese wurden in den folgenden Sozialsprechstunden behandelt. Wir finden, dass dieser Vorstoß, zur aktiven Einbeziehung Erwerbsloser in die AGA-Arbeit, sehr gelungen war und wollen im ersten Halbjahr 2018 erneut eine Veranstaltung dieser Art anbieten.



Fleißige Hände: Eisenacher AGA-Frauen kuvertieren mehr als 300 Einladungen.



Lebhafte Diskussion: Teilnehmerinnen und Teilnehmer erörtern die Themen Bundestagswahl und Zwangsverrentung durch die Jobcenter.

Das Erwerbslosenfrühstück des Arbeitskreises ANW

Mehr als eine Mahlzeit

Auf den Tischen im Wolfsburger Gewerkschaftshaus stehen Wurst, Käse, Butter, Brötchen und Obst. „Seit nunmehr sieben Jahren laden wir zweimal im Jahr zum Erwerbslosenfrühstück ein“, berichtet Gewerkschaftssekretär Dieter Pfeiffer, der den Arbeitskreis ANW (Arbeitslos nicht Wehrlos) seit seiner Gründung leitet.

Neben einem üppigen Frühstück erhalten die rund 70 Gäste viele wichtige Informationen: „Wir möchten den Leuten eine Plattform geben, ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen“, sagt Michael Melcher, der als Ehrenamtlicher

dem Arbeitskreis mit vorsteht. Ob es um den Umgang mit Ämtern oder den Energieverbrauch geht – der ANW hilft.

„Es war und ist eine interessante und vor allem sehr wichtige Arbeit, sich für sozial Schwache einzusetzen“, sagt Dieter Pfeiffer, der im Frühjahr in den Ruhestand geht. Gewerkschaftssekretärin Carola Freund übernimmt dann den ANW: „Ich trete in große Fußstapfen. Dieter hat eine hervorragende Arbeit geleistet und mich gut eingearbeitet. Es ist mir ein Anliegen, den Erwerbslosen eine Stimme zu geben.“



Arbeitslos nicht Wehrlos: Der Arbeitskreis ANW bewirbt mehr als 70 Gäste.

Pflegereform umgesetzt – alles gut?

Es gibt noch große Baustellen in der Pflegeversicherung

In der abgelaufenen Wahlperiode hat die Politik Reformen eingeleitet mit dem Ziel, die Pflegeunterstützung neu auszurichten und zu verbessern: Der Begriff der Pflegebedürftigkeit wurde neu definiert, zusätzliche Leistungen entlasten insbesondere pflegende Angehörige. Sind damit alle Probleme für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen gelöst?

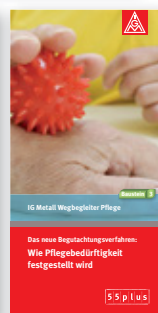
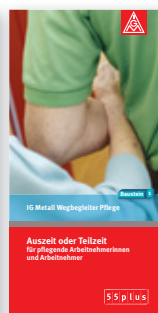
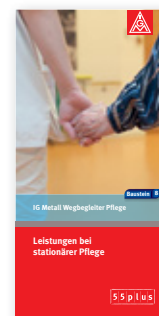
Schon als die Pflegeversicherung an den Start ging, warnten Experten davor, Pflegebedürftigkeit allein daran zu messen, wie viel Zeit die Unterstützung bei gewöhnlichen täglichen Tätigkeiten kostet. Der Bedarf bei Einschränkungen der Alltagskompetenz wie Demenz werde ausgeblendet. Diese Leistungslücke ist jetzt geschlossen: Pflegegrade statt Pflegestufen bilden besser ab, wie viel Selbstständigkeit noch vorhanden ist. Dieser Schritt war

überfällig. Große Baustellen der Pflegeversicherung aber bleiben, etwa ihr Teilkasko-Charakter und der Kaufkraftverlust der Leistungen, die Pflegequalität sowie die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

Die Pflegeversicherung ist als ergänzende Grundsicherung konzipiert, die Leistungen decken den Bedarf nicht. Man spricht deshalb von einer Teilkasko-Versicherung. Auch sind die Leistungen nicht mit den Preisen gestiegen, deshalb wachsen die Eigenanteile ständig und sind aus Renten immer weniger zu finanzieren. Immer häufiger muss „Hilfe zur Pflege“ (Sozialhilfe) einspringen; das Amt prüft, ob Familienangehörige zahlungspflichtig sind. Die IG Metall fordert, das soziale Pflegerisiko besser abzusichern und die „Bürgerversicherung Pflege“ als Vollversicherung zu schaffen.



Der „IG Metall Wegbegleiter Pflege – Wissenswertes rund um die Pflege von Angehörigen“ beantwortet wichtige Fragen zum neuen Pflegegesetz und erklärt, worauf man achten muss. Er ist so konzipiert, dass in einem Hauptheft die wesentlichen Fragen zum Thema Pflege angesprochen und beantwortet werden. Darüber hinaus gibt es acht ergänzende „Bausteine“, in denen bestimmte Aspekte vertiefend behandelt werden.



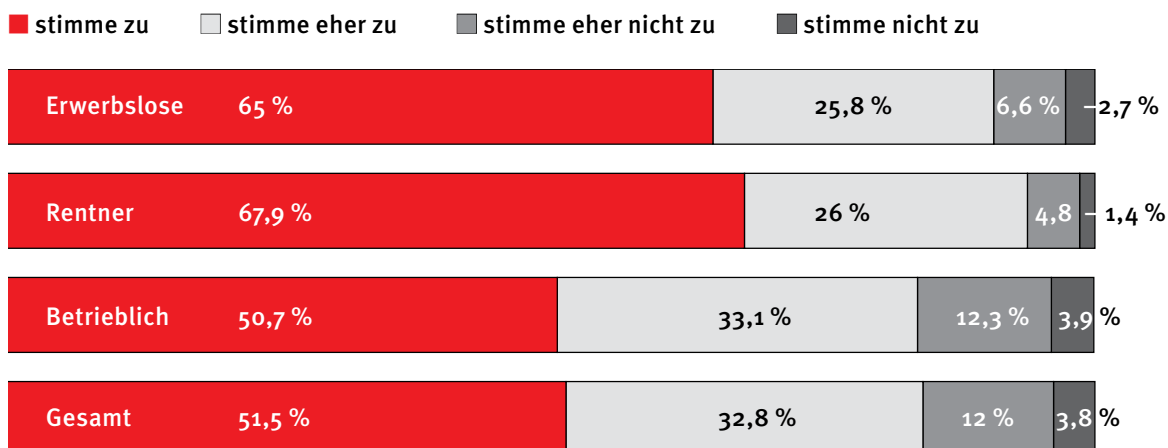
Ob Pflegebedürftige angemessen versorgt werden, hängt unter anderem von den Arbeitsbedingungen ab. Es gibt zu wenige Pflegefachkräfte, die meisten sind überlastet. So kann die Würde von Menschen verletzt und ihre Gesundheit gefährdet werden. Bessere Personalschlüssel sollen erst 2020 wirksam werden – viel zu spät. Über die Aufwertung des Pflegeberufs und eine bessere Bezahlung wird viel geredet, aber wenig dafür getan.

Messen lässt sich Pflegequalität am besten daran, wie gesund und zufrieden die Pflegebedürftigen sind. Dass die Pflegenoten im sogenannten „Pflege-TÜV“ die Situation beschönigen (Notendurchschnitt 1,3), ist längst erkannt. Mit einem neuen Bewertungssystem ist aber erst in zwei Jahren zu rechnen.

In der Pflegeversicherung gilt das Prinzip „ambulant vor stationär“, auch aus Kostengründen. Möglichst lange soll zu Hause gepflegt werden, entweder durch Angehörige oder Pflegedienste. So wünschen es sich oft auch die Pflegebedürftigen. Aber für die Angehörigen ist die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege nicht gut geregelt. Sie nehmen die gesetzlichen Möglichkeiten, sich über Familienpflegezeit und Pflegezeit freistellen zu lassen, kaum in Anspruch, zumal es keinen Entgeltausgleich dafür gibt. Viele greifen auf Pflegekräfte aus Osteuropa zurück. Die IG Metall fordert analog zum Elterngeld ein Pflegegeld und setzt sich in der aktuellen Tarifrunde für betriebliche Freistellungsregelungen mit Entgeltausgleich ein.

Pflege / Beschäftigtenbefragung

„Wer für Kindererziehung, Pflege von Angehörigen oder Weiterbildung die Arbeitszeit reduziert, muss einen Entgeltausgleich bekommen.“



Höchster Zustimmungswert (94 Prozent) bei Rentnerinnen und Rentnern

Quelle: IG Metall Beschäftigtenbefragung 2017

AGA aktiv vor Ort

Senioren-Arbeitskreis IG Metall Berlin auf dem Spandauer Gewerkschaftsmarkt

Beim 34. Gewerkschaftsmarkt des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) Spandau war am 9. September 2017 auch die Projektgruppe „Info-Stände“ des Senioren-Arbeitskreises der IG Metall Berlin dabei. Neben den DGB-Gewerkschaften waren auch die Parteien auf dem Spandauer Marktplatz vertreten; in einer Talkrunde kamen ihre Spandauer Kandidatinnen und Kandidaten zu Wort – zwei Wochen vor der Bundestagswahl eine Pflichtübung.

Trotz des Regens konnten wir mit vielen Besucherinnen und Besuchern über Fragen zur Rente sprechen und die Forderung nach einer paritätischen Krankenversicherung erläutern. Auch das Infoblatt der IG Metall mit Aussagen der Parteien zu den sozialen Brennpunkten konnten wir anbieten. Es war für uns ein sinnvoller Einsatz und eine gute Gelegenheit, für die Arbeit des Senioren-Arbeitskreises zu werben.



Info-Stand: Der Senioren-Arbeitskreis der IG Metall Berlin beantwortet Fragen.

AGA-Ausschuss der IG Metall Bayern zu Gast bei Siemens

Der AGA-Ausschuss des IG Metall-Bezirks Bayern ließ sich im Erlanger Siemens-Gerätewerk einen tiefen Einblick in die Industrie 4.0 vermitteln und diskutierte mit Erlanger Siemens-Betriebsräten. Am ersten Tag seiner Tagung hatte der Ausschuss über die Zukunft der Rente, das Pflegestärkungsgesetz und die Grundsicherung im Alter diskutiert und Berichte aus der Seniorenarbeit der Geschäftsstellen ausgetauscht. Thomas Krischer, der bis Anfang 2017 beim Vorstand der IG Metall für die AGA-Arbeit zuständig war, stellte unter anderem das Rentenkonzept der IG Metall vor.



„Alle Gemeinsam Aktiv“ – das Motto der Außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit der IG Metall wird in Bayern konsequent gelebt.

Erfahrungsaustausch der Thüringer AGA-Arbeitskreise

Zum traditionellen Erfahrungsaustausch der sechs Geschäftsstellen der AGA-Arbeitskreise in Thüringen hatte in 2017 die Geschäftsstelle Erfurt eingeladen. Vom 11. bis 12. Oktober 2017 hörten wir ein Referat von Sandro Witt, dem stellvertretenden Vorsitzenden des DGB Hessen-Thüringen, zum Thema „Wie geht es weiter mit den Gewerkschaften nach der Bundestagswahl“. Außerdem sprachen Referenten der AOK Plus und der Deutschen Rentenversicherung zur Gesundheitspolitik und zur Angleichung der Ost- an die Westrente.

In den Berichten aus den verschiedenen Regionen Thüringens stellen wir immer wieder fest, dass es viele Gemeinsamkeiten gibt, aber auch Besonderheiten. Vieles in den Geschäftsstellen würde ohne die aktiven Ehrenamtlichen nicht funktionieren. Wir brauchen Unterstützer und freuen uns über Mitmacher.



Tradition: Treffen der Thüringer AGA-Arbeitskreise

Meinungsaustausch der Senioren-AKs der IG Metall und der AGA im Märkischen Kreis

Zum ersten gemeinsamen Treffen kamen die beiden Senioren-Arbeitskreise (AKs) der IG Metall und die der AGA-Arbeitskreise in Werdohl zusammen. Nach einem Referat von Dirk Neumann vom Vorstand der IG Metall diskutierten wir lebhaft über die Zukunft der Rente.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Arbeit der AKs und ihrer Wahrnehmung in der IG Metall, der Öffentlichkeit und den Betrieben. Es wurde diskutiert, wie die Seniorinnen und Senioren im Betrieb sichtbarer werden können. Klar wurde, dass Gewerkschaftsarbeit auch außerhalb des Betriebs eine wichtige Rolle spielt.

Alle Teilnehmenden waren sich einig, die Ergebnisse in die Arbeit der Senioren- und AGA-Arbeitskreise zu tragen. Wünschenswert wäre ein jährlich stattfindender Meinungsaustausch.



Lebhafte Diskussion: Gesicht zeigen inner- und außerhalb der Betriebe



Öffentliche Aktion: Seniorinnen und Senioren fordern gesetzliche Regelung für die Seniorenarbeit.

Seniorenmitwirkungsgesetz für Sachsen – jetzt!

Beim 13. Sächsischen Seniorentag in Dresden haben viele Seniorinnen und Senioren der IG Metall Sachsen eine gesetzliche Regelung für die Seniorenarbeit gefordert. Die öffentliche Aktion für ein Mitwirkungsgesetz der Seniorinnen und Senioren des Deutschen Gewerkschaftsbundes und anderer Verbände vor dem Landtag war ein

Höhepunkt der Außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit (AGA). Bei der Diskussion dazu im Gewerkschaftshaus sprachen mehr als 150 Seniorinnen und Senioren unter anderem über drohende Altersarmut. Eine kämpferische Stimmung lag in der Luft. Beim Seniorentag 2019 wird es nicht mehr reichen, dass Politikerinnen und Politiker das geforderte Gesetz „prüfen“, dann wird es endlich Zeit für Ergebnisse.



Demonstration: IG Metallfrauen und -Männer aus dem Senioren-Arbeitskreis Oranienburg zeigen sich solidarisch.



Tarifkonflikt im Kfz-Handwerk: Seniorinnen und Senioren unterstützen beim Warnstreik in Hamburg.



IG Metall-Kampagne „Mein Leben – meine Zeit“: Akzeptanz in der Öffentlichkeit erhöhen

AGA und Betrieb

Mehr als 1.000 Beschäftigte aus allen deutschen Bombardier-Standorten

Mehr als 1.000 Beschäftigte aus allen deutschen Bombardier-Standorten demonstrierten vor dem Konzernsitz in Berlin – während dort der Aufsichtsrat tagte – gegen den drohenden Verlust ihrer Arbeitsplätze.

Allein aus Görlitz waren 600 Demonstranten gekommen, ebenso viele aus Hennigsdorf – darunter auch einige IG Metalllerinnen und Metalller aus dem Senioren-Arbeitskreis der Geschäftsstelle Oranienburg. Sie zeigten sich solidarisch und waren beeindruckt, wie die Betroffenen aus Görlitz, Bautzen, Kassel, Mannheim, Braunschweig, Siegen und Frankfurt am Main engagiert deutlich machten, dass sie hart um ihre Arbeitsplätze kämpfen werden. Gesamtbetriebsrat Michael Wobst fand kämpferische Worte: „Man braucht auch mal die starke Arbeiterfaust als zusätzliche Argumentationshilfe.“

Seniorinnen und Senioren bei Warnstreik im Kfz-Handwerk

Auch bei kühlen Temperaturen bescherte die IG Metall dem Kfz-Handwerk einen heißen Sommer. Schon lange schwelt der Tarifkonflikt im Kfz-Handwerk. Die Weigerung der Arbeitgeber, für ihre Beschäftigten angemessene Einkommen zu zahlen, ist nicht neu, die geringe Zahl von Betriebsräten und IG Metall-Mitgliedern in der Branche macht es schwer, faire Einkommen durchzusetzen. Da musste in Hamburg erst ein breiter Warnstreik mit einer machtvollen Demonstration her, um die Ablehnungsfront zu durchbrechen. Im Spätsommer nun ein Durchbruch mit einem Tarifabschluss: In zwei Stufen erhöhen sich die Einkommen um jeweils 2,9 Prozent, die Ausbildungsvergütungen um insgesamt 60 bis 110 Euro.

Diesen Erfolg haben, neben den Beschäftigten im Kfz-Handwerk, auch rund 30 feste Unterstützerinnen und Unterstützer aus dem Seniorenbereich erkämpft. Immer wieder warben sie morgens vor den Betrieben mit Infomaterial um Mitglieder und für die Bildung von Betriebsräten und nahmen auch am Finale teil. Auch Fred Harfst, einer der Unterstützer und langjähriger Betriebsrat, sprach auf der Kundgebung während der Demonstration und betonte, dass sich die IG Metall in Tarifaueinandersetzungen auf diese Unterstützer besonders verlassen kann.

Arbeitszeit – nicht nur im Betrieb ein Thema

An der gemeinsamen Arbeitszeitkonferenz der Geschäftsstellen Chemnitz, Leipzig und Zwickau nahmen auch wir Zwickauer AGAs teil. Für uns war es wichtig, die Argumente zu den kommenden Tarifforderungen zu kennen. Die Kolleginnen und Kollegen stellten dabei die Positionen zur Arbeitszeitgestaltung und -verkürzung, zu Zeitkonten, Flexibilisierung der Arbeitszeit und zur Rolle der Mitbestimmung dar. Die Kernpunkte flossen in die bundesweite Arbeitszeitkonferenz der IG Metall in Mannheim ein.

Wir wollen die betrieblichen Akteure in der kommenden Tarifaueinandersetzung unterstützen, indem wir für die Akzeptanz der Forderungen in der Öffentlichkeit werben wollen.

Wir wissen aus Erfahrung, wie wichtig das gesellschaftliche Stimmungsbild in einer Tarifaueinandersetzung sein kann.

Gastkommentar: Vieles ist möglich

... von Konrad Hirsch, Seniorenarbeitskreis der IG Metall Mannheim

Die Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben braucht die Ergänzung durch Aktivitäten in Gesellschaft und Politik. Der beste Tarifabschluss kann die Belastungen nicht ausgleichen, die durch Sozialabbau und Privatisierung entstehen. Zu Aufklärung und Mobilisierung von Widerstand ist die Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit – die AGA – eine nötige Verstärkung.

Zu den vielen Aufgaben für die AGA in Gesellschaft und Politik gehört das Rentensystem, das durch immer mehr Betonung der kapitalgedeckten Altersvorsorge langsam ausgezehrt wird. Altersarmut droht. Vielen Jüngeren erscheint die Privatvorsorge schon wichtiger als die gesetzliche Rente. Die Gewerkschaften fordern eine Trendumkehr durch Stärkung der gesetzlichen Rente. Hier kann die AGA vor allem in Richtung Öffentlichkeit und Politik ergänzend wirken, die Senioren-Arbeitskreise zusammen mit den Jungen, die vom Rentenabbau am stärksten betroffen sind.

Ein weiteres Beispiel sind immer neue Freihandelsabkommen, die auf eine Entmachtung der Politik zu Gunsten leistungsstarker Unternehmen hinauslaufen. Die Gewerkschaften fordern andere Freihandelsabkommen, die über kurzfristige Vorteile gesenkter Zölle und erleichterter

Handelsregeln die langfristigen negativen Effekte nicht aus den Augen verlieren.

Bei verminderter Erwerbsfähigkeit durch Krankheit entstehen oft finanzielle Probleme. Deshalb gibt es ein Krankenversicherungssystem und die Lohnfortzahlung. Aber die ausgewogene Finanzierung verschiebt sich zu Lasten der Versicherten: Die Beiträge werden nicht mehr paritätisch erhoben, immer mehr Risikozuschläge für Krankheitsgruppen kommen hinzu.

Material zu allen diesen Themen gibt es in Hülle und Fülle. Wie die AGA sie an die Leute bringen kann, hängt von den Umständen vor Ort ab; die AGA-Reporte bieten Anregungen. Und es lohnt zu überlegen, wie man auch die zwei Drittel Mitbürgerinnen und Mitbürger erreicht, die nicht in Gewerkschaften organisiert sind. Wer Sorge hat, nicht genug Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu finden, sollte den Versuch wagen! Der wird so erfolgreich verlaufen, dass das Weitermachen selbstverständlich wird.

Es wäre zu wünschen, dass eine Beteiligung zu den genannten Themenfeldern im AGA-Sektor in Gang käme! Auf möglichst breiter Ebene, denn wenn wir viele sind, werden die Chancen, etwas zu bewegen, auch besser.



Verstärkung: Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben braucht eine Ergänzung durch Aktivitäten in Gesellschaft und Politik.

Was AGA noch bewegt

Arbeiten. Leben. Arbeiterleben.

„Ich war der rote Leuchtturm in einer schwarzen See.“ So beschreibt Rudolf Christian sein Leben als Metalller und Betriebsrat bei den Fürstlich Hohenzollernschen Hüttenwerken (FHH) in Sigmaringendorf/Laucherthal. Er will „gegen das Vergessen schreiben, in einer Sprache, wie die Arbeiter reden und wie sie es verstehen“.

Es begann mit einem Satz im Geschichtsseminar in der IG Metall-Bildungsstätte in Berlin: „Schaut nach, was 1933 bei euch passiert ist.“ Drei Jahre hat Rudolf Christian recherchiert, 25 Kilometer Dokumente studiert. Entstanden ist ein Buch mit 350 Seiten, das den Zeitraum von etwa 1921 bis 2008 mit Dokumenten, Fotos und Berichten abdeckt. Seine Jahre bei der ZOLLERN GmbH & Co KG (frühere FHH) fanden als „Tagebuch der Pausengespräche“ Eingang.

„Arbeiten. Leben. Arbeiterleben.“ hat Rudolf sein Buch genannt: interessante, lesenswerte Geschichten aus der Welt der Arbeit, weitab von den industriellen Ballungsräumen.

Pläne und Material für weitere Veröffentlichungen hat er bereits, es wird ihm also in seinem Ruhestand nicht langweilig werden.



Bezahlbarer Wohnraum gehört zu einem würdevollen Leben

Auf Anregung von Delegierten aus dem Verein Neue Arbeit Chemnitz und dem AGA-Arbeitskreis Chemnitz zum Thema bezahlbarer Wohnraum beschloss die Delegiertenversammlung eine Resolution an die Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz. Die Forderung: Die Stadt soll den Zuschuss zu den Kosten der Unterkunft und Heizung den gestiegenen tatsächlichen Kosten anpassen und ausreichend bezahlbaren Wohnraum, speziell für sozial Benachteiligte, zur Verfügung stellen.

Die Oberbürgermeisterin antwortete, die Marktsituation in Chemnitz sei „entspannt“, der Mietpreis liege „auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau“. Die Zahlungen reichten aus. Mit dieser Antwort können wir uns nicht zufriedengeben. Wir werden weiterhin unsere Forderungen einbringen.



Der AGA-Ausschuss beim Vorstand der IG Metall

Der AGA-Ausschuss beim Vorstand der IG Metall trifft sich zweimal jährlich in Frankfurt. In ihm sind alle Bezirke der IG Metall mit Delegierten vertreten. Als Gäste sind zusätzlich die Mitglieder der Redaktion des AGA-Reports sowie die in den Bezirksleitungen für AGA-Arbeit zuständigen

hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen eingeladen. Besprochen werden alle für AGA-Aktive relevanten Themen. Darüber hinaus ist der AGA-Ausschuss ein wichtiger Impulsgeber für die aktuelle und die Planung der künftigen AGA-Arbeit.



Der AGA-Ausschuss beim Vorstand der IG Metall



Wo gehst du hin, Sozialstaat, ...

Quo vadis Sozialstaat?

Forum Politische Bildung 2017

Wohin geht die Reise in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik? Gibt es Anknüpfungspunkte für unsere Forderungen oder stehen die Zeichen auf Sozialabbau? Wie positionieren sich die politischen Parteien zu diesen Forderungen? Diese Fragen bildeten den Kern des Forums Politische Bildung 2017 im Bildungszentrum Beverungen.

In den Arbeitsgruppen beschäftigten sich die Kolleginnen und Kollegen intensiv mit den Forderungen der IG Metall zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik:

- Rückkehr zur Parität in der Krankenversicherung,
- Stabilisierung und Anhebung des Rentenniveaus,
- gute und sichere Arbeit für alle und
- verbesserte Absicherung bei Arbeitslosigkeit.



... Kolleginnen und Kollegen diskutieren in Arbeitsgruppen ...

Diese Forderungen wurden mit den Positionen der im Bundestag vertretenen politischen Parteien verglichen. Vor allem in den Wahlprogrammen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke fanden sich Gemeinsamkeiten und mögliche Anknüpfungspunkte.

Die sozialpolitische Bilanz der letzten vier Regierungsjahre selbst ist durchwachsen: Mit Reformen wie der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns oder der

Rente ab 63 für besonders langjährig Versicherte sind Schritte in die richtige Richtung unternommen worden – ein grundlegender arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Kurswechsel ist jedoch ausgeblieben. Dabei ist dieser dringend geboten! Denn die Risiken, gegen die der Sozialstaat absichern soll, stehen in einem immer stärkeren Missverhältnis zu seinen Leistungen: Atypische Beschäftigung weitet sich zwar langsamer, aber noch immer aus, der Schutz bei Arbeitslosigkeit bleibt unzureichend, die



... die Forderungen der IG Metall zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Gefahr eines Absturzes des Lebensstandards im Alter oder gar in die Altersarmut ist nicht gebannt, und bei der Finanzierung des Gesundheitssystems gibt es weiterhin eine Schiefelage zu Lasten der Versicherten.

Welche Reformen in den nächsten Jahren tatsächlich auf den Weg gebracht werden oder ob gar ein Abbau von Schutzrechten droht, wird sich zeigen. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig: Für die

IG Metall geht es weiter darum, den öffentlichen und betrieblichen Druck hochzuhalten und für eine offensive und solidarische Reformpolitik einzutreten: „Soziale Sicherheit – Fair finanziert!“ lautet die gemeinsame Leitlinie.

Bildungsangebote für die AGA-Aktiven im Jahr 2018

Seminare für AGA-Multiplikatoren, Sozialberater und Erwerbslose

Ehrenamtliches Engagement in der Außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit braucht auch Qualifizierung. Das Ressort Allgemeine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik/ AGA bietet in Zusammenarbeit mit dem IG Metall-Bildungszentrum Beverungen die untenstehenden Seminare an. Ausführliche Beschreibungen sind im „Bildungsprogramm 2018 der IG Metall für Aktive in Betrieb und Gesellschaft“ zu finden. Das Programm ist auch im Internet unter www.igmetall.de zu finden.

Bei den Blockseminaren gilt, dass eine Teilnahme nur möglich ist, wenn jeweils die Anmeldung für beide Blöcke verbindlich erfolgt ist.

Zeit	Titel	Seminar-nummer	Ort
25.03.2018 bis 28.03.2018	Multiplikator(inn)en AGA Block I	WXo1318	BZ Beverungen
28.10.2018 bis 31.10.2018	Multiplikator(inn)en AGA Block II	WXo4418	BZ Beverungen
06.05.2018 bis 09.05.2018	Anregungen für die gewerkschaftliche Erwerbslosenarbeit vor Ort	WXo1918	BZ Beverungen
29.07.2018 bis 31.07.2018	Weiterentwicklung der AGA vor Ort	VVO03118	BZ Bad Orb
05.08.2018 bis 08.08.2018	Weiterentwicklung der AGA vor Ort	WXo3218	BZ Beverungen
31.8.2018 bis 01.09.2018	Forum Politische Bildung – Sozialpolitische Perspektiven in der Industrie 4.0	WD03518	BZ Beverungen
14.10.2018 bis 17.10.2018	Vertiefungsseminar – Sozialberatung zum SGB II	WXo4218	BZ Beverungen

Für hauptamtliche Betreuer/-innen von AGA/Senioren/ Erwerbslosenarbeitskreisen und Kolleginnen und Kollegen, die sich in der Geschäftsstelle aktiv bei Projekten im Übergang zu ATZ und Rente beteiligen, gibt es ein Seminar des Ressorts „Aus- und Weiterbildung für Hauptamtliche“:

Zeit	Titel	Seminar-nummer	Ort
02.05.2018 bis 04.05.2018	Arbeitsprogramm 55plus – halten und binden von Mitgliedern beim Übergang in den Ruhestand	HL181811	BZ Lohr

Für Kolleginnen und Kollegen, die in den Geschäftsstellen Sozialberatung durchführen, sind im Programm der „Aus- und Weiterbildung für Hauptamtliche“ folgende Seminare geplant:

Zeit	Titel	Seminar-nummer	Ort
05.03.2018 bis 07.03.2018	Mitgliederberatung in sozialen Rechtsfragen – Update und Vertiefung zum SGB II	HL181012	BZ Lohr
14.05.2018 bis 16.05.2018	Mitgliederberatung zum SGB II – Einführung für neue Sozialberater/-innen	HB182012	Berlin
12.11.2018 bis 14.11.2018	Mitgliederberatung in sozialen Rechtsfragen – SGB III	HO184612	BZ Bad Orb



Kolleginnen und Kollegen beim AGA-Seminar der Geschäftsstelle Leipzig



Aktive beim AGA-Seminar des Bezirks Bayern im Bildungszentrum Lohr

Impressum:

Herausgeber:

IG Metall Vorstand
Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt am Main

Verantwortlich:

FB Sozialpolitik, Christoph Ehlscheid

Redaktion:

Dieter Beckmann, Karl-Heinz-Benders, Angelika Berner, Katharina
Grabietz, Günter Hameister, Lutz Heitmann, Konrad Hirsch, Jürgen
Keith, Peter Römer

Fotos:

Titel: Christian v. Polentz/transitfoto.de
Forum Politische Bildung in Beverungen: Christian Schauderna
Rentenaktion Kassel: Jörg Jungmann
Kfz-Warnstreik Hamburg: Peter Bisping, drucktechnik Altona
Rentenaktion Berlin: Christian von Polentz
Vorstellung des AGA-Ausschusses beim Vorstand: Bianka Huber
Buchvorstellung Arbeiten. Leben. Arbeiterleben.: Jürgen Keith
ALI Wilhelmshaven, GELA Südbrandenburg
IG Metall Geschäftsstellen Alfeld-Hildesheim-Hameln, Region
Hamburg, Salzgitter-Peine, Eisenach, Wolfsburg, Berlin, Märkischer
Kreis, Oranienburg, Chemnitz, Leipzig

Gestaltung, Redaktion:

Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt am Main
www.zplusz.de

Stand:

Dezember 2017

